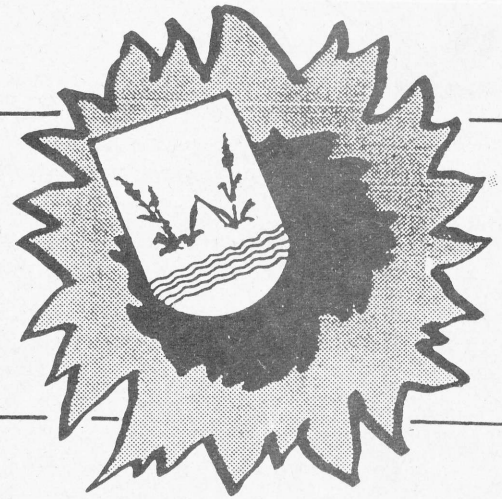


DER GRÜNE BOTE



8. Jahrgang / März 1992

Mut zur Veränderung - Gehen Sie den Grünen Weg aus dem schwarzen Filz

Am 5. April 1992 findet in Baden-Württemberg die Wahl zum elften Landtag statt !

Für die GRÜNEN kandidiert in unserem Wahlkreis
Frau Christa Charlotte Müller

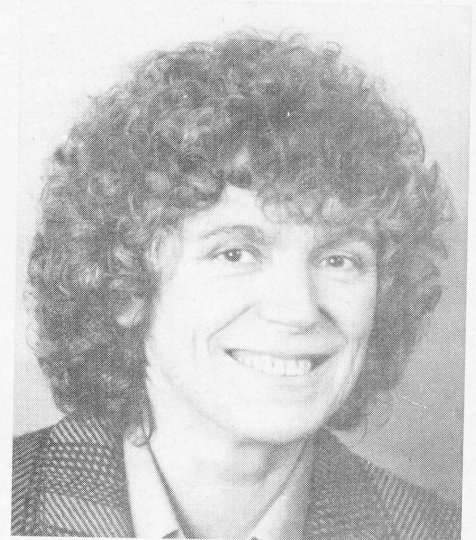
Fr. Müller und Ihre politischen Schwerpunkte möchten wir Ihnen heute vorstellen !

Ausstieg aus der Kernenergie jetzt!

Ch. Müller :

Seit Tschernobyl 1986 ist mir endgültig klar, daß ich meine Kinder nicht schützen kann vor einer nicht zu verantwortenden Technologie; daß ich ihre elementarsten Bedürfnisse wie saubere Luft und unbelastete Nahrung nicht sichern kann. Aufgefallen ist mir auch, daß Männer, auch als Väter weniger betroffen waren. Die abwiegelnden Worte des Herrn Minister Weiser habe ich noch im Ohr.

Deshalb stelle ich auch ganz bewusst neben die Forderung:
Der Schrottreaktor in Obrigheim muß wieder vom Netz !
meine Kandidatur zum Landtag !
Alle anderen Parteien im Wahlkreis haben Männer nominiert !
Wir Frauen sind anderst sozialisiert!



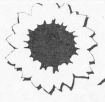
Unsere Lebenserfahrungen werden in der Politik dringend benötigt, denn wie Männer Frauen- und Sozialpolitik machen, zeigt sich daran :

- daß Kinderbetreuungseinrichtungen fehlen (Kindertagesstätten.....)
- daß Familienarbeit und Kindererziehung nicht ausreichend honoriert wird
- daß die Pflege der älteren Familienangehörigen von den Frauen zum Nulltarif erwartet wird
- daß in unseren Schulen Lehrerstellen fehlen und selbstverständlich die Hausaufgabenhilfe der Mütter erwartet wird



LANDTAGSWAHL · DUALES
SYSTEM · GEMEINDE-
POLITIK · NAH-
VERKEHR





-daß in unserem Land vor allem ältere Frauen am Rande des Existenzminimums leben müssen, weil sie nicht ausreichend abgesichert sind durch die rollenspezifischen Lebens- und Arbeitsbedingungen.

-daß in unserem reichen Land nicht genügend Wohnraum für Menschen mit geringem Einkommen zur Verfügung steht

Darum fordern die GRÜNEN ein Umdenken in der Frauen- und Sozialpolitik !

Wir brauchen :

- eine eigene vom Ehemann unabhängige Existenzsicherung für alle Frauen
- ein ausreichendes Angebot an Kinderbetreuung durch ein Kinderbetreuungsgesetz
- eine Pflegeversicherung auf gesetzlicher Basis unter dem Dach der Krankenversicherung
- mehr Lehrerstellen an Grundschulen und weiterführenden Schulen
- Quotierungsgesetz für den öffentlichen Landesdienst
- Frauenförderpläne in den Betrieben
- Entwicklungsräume für Mädchen (Bolzplätze für Jungen gibt es, was gibt es für Mädchen?)
- finanzielle Absicherung der Frauenhäuser

Weitere Schwerpunkte sind:

Umdenken in der Verkehrspolitik!

Der Verkehr wächst uns über den Kopf.

Dem Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs endlich Vorrang gegenüber dem Bau neuer Straßen !

Für unsre Region brauchen wir ein Konzept mit einer Regionalbahn, die im Halbstundentakt fährt und ein ausreichendes Angebot an Buslinien als echte Alternative zum eigenen Auto.

Der ÖPNV wird aber nur dann für den Benutzer attraktiv, wenn auch der Preis stimmt. Der Individualverkehr darf nicht mehr kostengünstiger sein im Vergleich zum öffentlichen Nahverkehr !



© Marie Marcks, aus 'Krumm dich beizeiten', Heidelberg 1980.

Umdenken in der Strukturpolitik!

In Baden-Württemberg fehlen ca. 250000 Wohnungen. Die GRÜNEN sind für die Schaffung neuen sozialgebunden Wohnraums, aber wir sind auch gegen die Zersiedelung der Landschaft. Der zwingend notwendige Neubau von Sozialwohnungen darf nicht zum Freibrief für Flächenverbrauch und zur immer weiteren Erschließung neuer Baugebiete werden.

Ökologisch verträgliches Bauen, aber auch Erschließen von freiwerdenden Kasernengelände (als Beispiel) in Ergänzung mit dem Versuch, wenn möglich Wohnen, Arbeiten, Kultur und Freizeitbeschäftigung wieder räumlich enger zusammenzuführen bieten Ansätze genug für ein Umdenken in der Strukturpolitik !

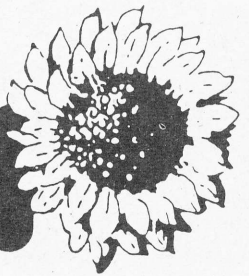
zur Person :

Christa Charlotte Müller/48 Jahre/Mutter von 4 Kindern/ev.Theologin/Zusatzausbildung in Alterarbeit/Dozentin für Ethik/Mitarbeit bei amnesty und in der Friedensgruppe Gaiberg/Gemeinderätin in Gaiberg

B.Hofmann



DIE GRÜNEN



Parteien versprechen meist viel vor den Wahlen. Wir sind inzwischen daran gewöhnt, daß sie anschließend oft das genaue Gegenteil dessen tun, was sie vorher verkündet haben. Erinnerung sei nur an die feste Zusage des Kanzlers vor der letzten Bundestagswahl, die Steuern würden nicht erhöht.

Vorgänge wie die Steuerlüge führen dazu, daß immer mehr Menschen nicht mehr zur Wahl gehen, weil "die da oben" ohnehin machen, was sie wollen.

Wer am 5. April wählen geht, tut dies aus verschiedenen Gründen: um dafür zu sorgen, daß alles in etwa so bleibt, wie es ist oder in der Hoffnung, daß vieles anders wird. Leserinnen und Leser, die mit der Umwelt, so wie sie ist, zufrieden sind denen es gut geht und die sich keine Gedanken um Morgen machen, sind tatsächlich am besten bei der CDU/FDP aufgehoben. Wählen Sie weiter diese Parteien, meine Damen und Herren. Allerdings, um ehrlich zu sein, solche Menschen wird es sehr wenige geben.

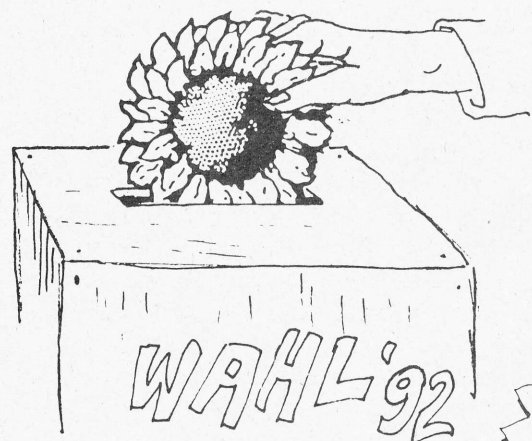
Wer nicht mit einem Brett vor dem Kopf herumläuft, der oder die wird sich um vieles Gedanken machen: Hunger und Armut, Folgen der sogenannten friedlichen Nutzung der Atomkraft, Ausbeutung der 3. Welt, Ozonloch, Abholzung des Regenwaldes, Pflegenotstand, Giftmüll, Verschwendung, Tierversuche, AIDS, Kriege, Waffenexporte, Rüstungsproduktion, Agrarpolitik und Bauernsterben, Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot und so weiter.

UND SO WEITER ?

So darf es nicht weitergehen und alle Parteien versuchen, mehr oder weniger dazu zu sagen. Genau darauf kommt es aber an. Hier ist nicht der Platz, Wahlkampfprogramme zu vergleichen. Nur so viel: Was Ökologie betrifft, haben alle Parteien diese plötzlich entdeckt. Sie tun jetzt so, als wären sie kompetent für diese Fragen. Aber, das lehrt uns schon das Buch der Bücher, "an ihren Früchten sollt ihr sie erkennen". Es reicht eben nicht aus, ein bißchen was zu tun, etwa das Ozonloch ein bißchen langsamer wachsen zu lassen, die Rüstungsexporte ein bißchen einzudämmen (gell, Herr Reuter, Chef des größten deutschen Rüstungskonzerns Daimler-Benz). Mit kleinen Schritten kommt man nicht über sondern in den Abgrund.

Weshalb also den Ersatz, die schlechte Kopie wählen? Dann doch lieber gleich das Original, die GRÜNEN. Unserer Demokratie täte ein Wandel ohnehin gut. Es hat sich zuviel Filz gebildet. Oder haben Sie die Skandale um Lothar Späth schon vergessen?

Peter Kühn



TIL

AUSLÄNDER
RAUS



„ZIVIL-COURAGE“

Verhältnismäßig und zumutbar

Für den demnächst zu verabschiedenden Verwaltungshaushalt 1992 schlägt Bürgermeister Kaiser vor, zur laufenden Unterhaltung der Biddersbachhalle 368.000 DM einzuplanen. Einverstanden, diese Ausgabe ist notwendig und sinnvoll.

Für die Unterbringung der Asylbewerber in Wiesenbach entstehen der Gemeinde nach dem Entwurf zum Verwaltungshaushalt Kosten in Höhe von 13.000 DM. Auch diese Ausgabe ist notwendig und sinnvoll.

Man soll Äpfel nicht mit Birnen vergleichen. Ein Blick auf das Verhältnis zwischen den genannten Geldbeträgen müßte jedoch so manchen zur Besinnung bringen, der für alle Gemeinden im Land "unzumutbare Belastungen" wittert und deswegen das Grundgesetz ändern will.

Zum Beispiel die Bürgermeister von Bammental, Gaiberg und Wiesenbach, wenn sie in den "Gemeindenachrichten" die unerträglichen Positionen des Gemeindetags von Baden-Württemberg zur Asylpolitik abdrucken. So geschehen unter der Überschrift "Gemeinsame amtliche Bekanntmachungen" am 14. Februar.

(In)

Aber Herr Ministerpräsident

"Was wir nicht brauchen können, das sind die Wirtschaftsschmarotzer aus der ganzen Welt!" rief der bayerische Ministerpräsident Streibl am Aschermittwoch seinen begeisterten Zuhörern in Passau zu.

Aber, aber Herr Ministerpräsident! Überall geht es doch mit den "kommunistischen Kommandosystemen" zu Ende. Und da will ausgerechnet Bayern den Klassenkampf eröffnen?

Sollen tatsächlich alle Immobilien- und Börsenspekulanten, alle Miet- und Kredithaie, ja selbst die Wirtschaftsbosse aus dem Bayernland verjagt werden?

Hat das Nachbarland Baden-Württemberg jetzt mit einer "Asylantenflut" zu rechnen?

Fragen über Fragen.

(In)

Mein Freund, der Baum

Viele Leute hielten es für das schönste Fleckchen von Wiesenbach: Das Stück Bachwegchen zwischen Kindergarten und Pferdekoppel unter den hohen, alten Weidenbäumen.

Entsprechend groß war das Entsetzen, als vor einigen Wochen fast alle Bäume gefällt wurden. Mußten die alten Kerle etwa weg, damit beim Ausbau des Bachwegchens irgendeine "DIN-Norm" oder ähnliches eingehalten werden konnte?

Gemeinderat Nöllenburg von den GRÜNEN stellte dem Bürgermeister jedenfalls in der folgenden Gemeinderatssitzung einige deutliche Fragen.

Bürgermeister Kaiser hatte jedoch ein gutes Gewissen. Er stützte sich auf die Fachbeurteilung durch das Landratsamt und den Förster, deren Meinung auch Umweltberaterin Friedetzky teilte. Die Bäume hätten ihr Lebensalter erreicht und innerlich so morsch gewesen, daß selbst eine aufwendige Sanierung die Bedrohung des Kindergartens bei Sturm nicht ausschließen könnte.

Diese Argumente überzeugten. Auch den Gemeinderat der GRÜNEN.

Die alten Bäume sollen durch an den Standort passende Neupflanzungen ersetzt werden.

(In)

Grüne, SPD und CDU gegen 'duales System'



Sprachlosigkeit beim Bürgermeister, Verständnislosigkeit bei den Freien Wählern: GRÜNE, SPD und CDU verhinderten im Gemeinderat überraschend einmütig die Anpassung der Wiesenbacher Abfallsatzung an das "Duale System". Die Ratsmitglieder der drei Parteien sehen ihr Abstimmungsverhalten als Zeichen des politischen Protests gegen die vom Landkreis mitgetragene Mogelei mit dem "Grünen Punkt".

Die von der (Verpackungs-) Industrie mit Zustimmung von Bundesumweltminister Töpfer gegründete "Duales System Deutschland GmbH" propagiert mit aufwendigen Werbekampagnen vor allem die angebliche Umweltverträglichkeit von Einwegverpackungen aus Kunststoff und Verbundmaterialien. Dabei gebe es gar keine Technologie zur Wiederverwertung der anfallenden Abfallmassen, wie es inzwischen in jeder Zeitung zu lesen sei. Außerdem seien die aus den so gewonnenen Rohstoffen herstellbaren Produkte nur beschränkt sinnvoll. Die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger gerade auch in Wiesenbach, Müll zu vermeiden, Wertstoffe zur Wiederverwertung auszusortieren und die Aktivitäten der Gemeinde in dieser Richtung würden so in unverantwortlicher Weise unterlaufen. So lauteten in etwa die Argumente der ungewöhnlichen Ratsmehrheit.

Bürgermeister Kaiser und die Freien Wähler sahen hingegen für die Gemeinde rechtlich keine andere Möglichkeit als die Anpassung der Müllabfuhr in Wiesenbach an das "Duale System". Die Gemeinderatsmehrheit aus GRÜNEN, SPD und CDU nahm jedoch genau diesen Sachverhalt zum Anlaß für ihren Protest. Gemeinderäte hätten von ihrer Wählerschaft nicht den Auftrag, "jeden Unsinn", der auf höherer Ebene beschlossen worden sei, einfach abzusegnen, hieß es.

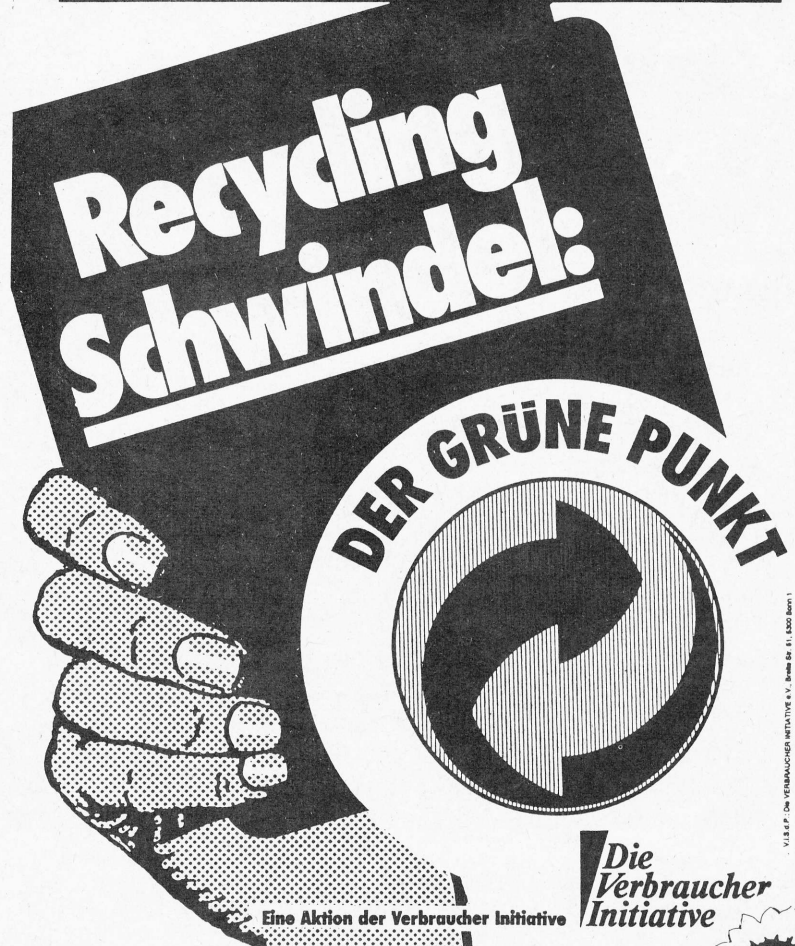
Über ihr weiteres Vorgehen in dieser Frage wollen sich die drei Parteien dem Vernehmen nach jetzt beraten.

Für Zündstoff hat inzwischen ein Brief des für die Abfallwirtschaft im Rhein-Neckar-Kreis verantwortlichen Kreiskämmerers Ehrhard an das Wiesenbacher Bürgermeisteramt gesorgt. In diesem Schreiben wird unverhohlen damit gedroht, die Müllabfuhr in der Gemeinde ganz in Kreis-Regie zu übernehmen. Ziemlich unverfroren wird dem Gemeinderat jede Kompetenz in dieser Sache abgesprochen.

Kommentar: Auch vor der anstehenden Landtagswahl in Baden-Württemberg kann man aus den Chef-Etagen der Altparteien in Stuttgart und Bonn wieder das Klagelied von der Politikverdrossenheit und der Wahlmüdigkeit hören. Tja, so kommt es halt, wenn die Bürgerinnen und Bürger alle vier Jahre ihr Kreuzchen machen dürfen, ansonsten aber keine Entscheidungsrechte haben bei Dingen, die sie sehr direkt betreffen.

(1n)

ROTE KARTE



Verkehrsforum 2000

Weit über hundert Menschen aus Wiesenbach und seinen Nachbargemeinden waren der Einladung des Verkehrsforums zur Podiumsdiskussion gefolgt. Es ging um den Aufbau eines attraktiven Personennahverkehrs. Zunächst stellte M. Haider vom Verkehrsforum 2000 den derzeitigen Zustand des ÖPNV (öffentlichen Personennahverkehrs) dar und leitete daraus einige Forderungen ab:

- die Anbindung der Buslinien an den Schienenverkehr,
- eine neue Buslinie aus dem kleinen Odenwald über Wiesenbach, Bammental, Gaiberg nacu Leimen,
- sowie den geplanten Ausbau der Regionalbahn zur Stadtbahn.

Aus dem Ergebnis der kleinen Umfrage des Verkehrsforums stellte er die Wünsche der möglichen Umsteiger auf den ÖPNV vor:

- attraktiver Fahrpreis,
- 30-60 Minuten Takt,
- höchstens 10 Min. bis zur nächsten Haltestelle.

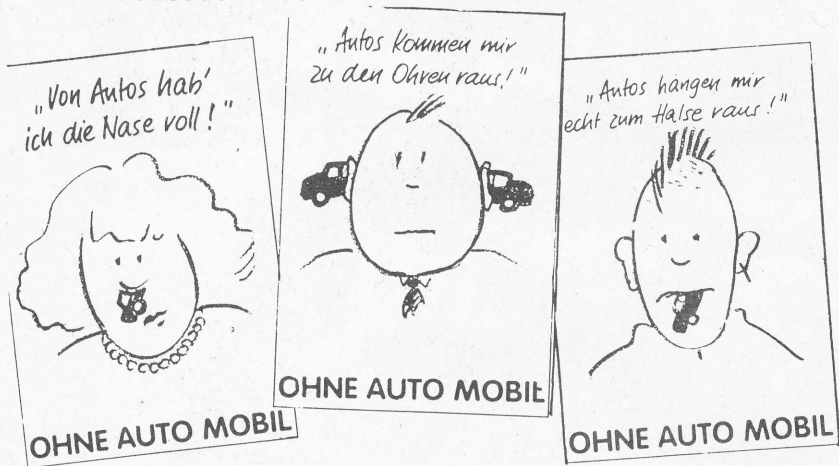
Dr. Vornehm (Direktor der HSB und bald auch Wiesenbacher Bürger) meinte der ÖPNV müsse für die Mitfahrer in vielfältiger Hinsicht attraktiv sein. Über den Verkehrsverbund müsse das Parallelverkehren verschiedener Unternehmen abgebaut werden. Konzessionen für HSB-Busse über Neckargemünd hinaus seien unrealistisch.

H. Nimes (HD Stadtrat SPD, HSB Aufsichtsrat) setzte sich für die geplant Regionalbahn der Bundesbahn von Neustadt (Pfalz) über Hd nach Sinsheim auf dem vorhandenen Schienennetz ein. Die Stadtbahn wäre erst der 2. Schritt. Als schnelle Lösung für Wiesenbach sähe er die Anbindung an die HSB.

H. Nestor (HD Stadtrat GAL, HSB Aufsichtsrat) betonte, daß die Schiene die Grundlast des ÖPNV tragen müsse. Die Stadt HD müsse auch dem Umland ein Angebot über ein Schienennetz machen. Als vorbildlich nannte er die Stadt Freiburg : das übertragbare Monatsticket für 49DM (Wiesenbach 89DM) brachte dort viele Autofahrer zum Umsteigen.

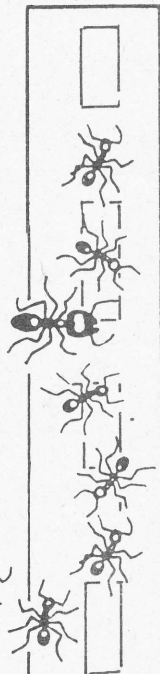
Aus den vielfältigen Vorschlägen ein Gesamtkonzept zu erkennen fällt schwer. Das Verkehrsforum 2000 sieht die dringende Notwendigkeit eines wissenschaftlichen Gutachtens, wie durch Bus und Bahn dem drohende Verkehrsinfarkt entgegengewirkt werden kann. Bisherige Gutachten hätten meist den PKW in den Mittelpunkt der Befragung gestellt und nur den Bau neuer Umgehungsstrassen bewirkt !

I. Hofmann



Aus der folgenden Diskussion nun Stellungnahmen der Podiumsgäste: Gibt es konkrete Vorschläge zur kurzfristigen Verbesserung des ÖPNV ?

Bürgermeister Kaiser setzte sich ein für den (Umgehungs) Straßenneubau, da vor allem im ländlichen Raum der PKW unverzichtbar sei. Für den Ausbau des ÖPNV müßten zusätzliche Finanzquellen geschaffen werden, die Gemeinde Wiesenbach z.B. kosten vier zusätzliche Fahrtenpaare 70000DM. Kaiser ist für die Einrichtung einer Stadtbahn, die Schiene müsse neue Qualität erhalten und Busse sollten Zubringer sein.



Unsere Planung bis zu den Sommerferien



4.4.: Fete mit der Landtagskandidatin Ch.Ch. Müller am Vorabend der Landtagswahl im Vereinsraum der Biddersbachhalle -- LIVE-Musik der 50er und 60er Jahre

5.4.: Treffen zur Besprechung der Wahlergebnisse (Ort und Zeit wird noch bekannt gegeben)

10.- Grünes Familien- Wochenende

12.4.: in der altbewährten "Günthersmühle" im südl. Spessart. Hier wollen wir uns mal mit unseren ganz persönlichen Vorstellungen von der politischen Zukunft, unseren Wunschvorstellungen, unseren Utopien befassen.

11.5.: 20.30 Uhr Sitzung im "Löwen"
Thema: Ozon- unten zu viel - oben zu wenig - Ursachen - Auswirkungen (evtl. mit Referent)

15.6.: 20.30 Uhr Sitzung im "Löwen":
Festvorbereitung

27.6.: Grünes Fest auf der Kühberghütte (Genaueres den Ankündigungen entnehmen!!!!!!!!!!!!!!)

Zu all diesen Aktivitäten wünschen wir uns zahlreiche interessierte Teilnehmer, die hiermit schon mal ganz herzlichst eingeladen seien!!

Themenvorschläge für's 2. Halbjahr:

- Friedenspolitik- Nato- Was passiert mit den Atomwaffen?
- Osteuropa- Wirtschaft und Soziales
- Bodenseewasser auch für uns??????
- und???? - siehe 12.4.!!!!!!!!!!!!!!



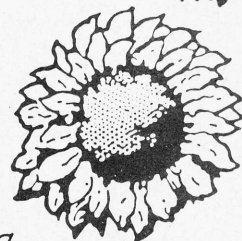
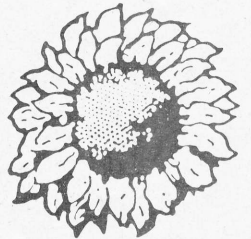
FEST!!

Weitere Termine:

Am 7.4.'92 findet die Bürgerversammlung statt!

THEMA:
DUALES SYSTEM

Außerdem:
Am 26.03.'92 20⁰⁰ UHR
Frauenforum
Neckargemünd





Hierarchie und Demokratie

Hierarchie und Demokratie

Das geht nicht zusammen, das paßt nie
Befehl und Gehorsam oder Partnerschaft
Duckmäusertum oder eigene Kraft

Mit Gott für Kaiser und Vaterland
Blind in den Graben hineingerannt
Schon damals gibts ein Element
Daß sich stolz Staatsdiener nennt

Der duckt sich durch die Weimarer Zeit
Ist immer zum funktionieren bereit
An Schaltern und bei der Revision
Übt er sich im Kasernenhofton

Hierarchie und Demokratie

Das geht nicht zusammen, das paßt nie
Befehl und Gehorsam oder Partnerschaft
Duckmäusertum oder eigene Kraft

Er dient auch, als er einen Führer hat
Gesetz ist Gesetz, Staat ist Staat
Zeichnet Lager, verwaltet Karteien
Trägt auf geduldiges Papier Paragraphen ein

Und steht schon da am 8. Mai
Was auch kommen mag, er ist dabei
Er ist tut nichts weiter, nur seine Pflicht
Er bleibt Staatsdiener bis zum jüngsten Gericht

Hierarchie und Demokratie

Das geht nicht zusammen, das paßt nie
Befehl und Gehorsam oder Partnerschaft
Duckmäusertum oder eigene Kraft

Sein Leitsatz ist: "Wat mut, dat mut!"

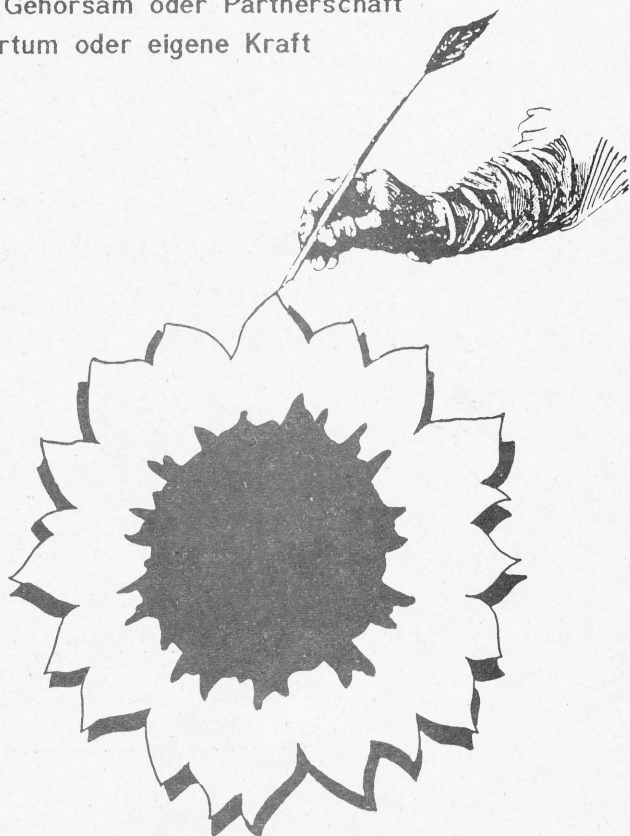
Geht auch die Menschlichkeit scheinchenweise kaputt
Und er merkt nicht, wie er nach oben steigt
Daß sich seine Zeit zum Ende neigt.

Heute braucht man den Kollegen, der sich auch mal wehrt
Der nicht immer nur auf dem Trittbrett fährt
Die Kollegin, die allumfassend mitbestimmt
Und keinen Fettfleck, der stets oben schwimmt.

Hierarchie und Demokratie

Das geht nicht zusammen, das paßt nie
Befehl und Gehorsam oder Partnerschaft
Duckmäusertum oder eigene Kraft

Peter Kühn



IMPRESSUM

IMPRESSUM "DER GRÜNE BOTE"

Zeitung der GRÜNEN Wiesenbach
V.1.S.d.P.
Bernhard Hofmann
Panoramastraße 40
6901 Wiesenbach

Auflage : 950
Die Meinung der Autoren stellt
nicht in jedem Falle die Auf-
fassung der Redaktion dar.

